

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 15. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen**

vom: **15.05.2002**  
von: **16:00 Uhr**  
bis: **17:00 Uhr**  
Ort: **Rathaus Geisweid,  
Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -  
Eberlein, Klaus-Peter  
Eger-Kahleis, Brigitte  
Flohren, Angelika  
Kaiserling, Carl-Norbert  
Katz, Reinhilde  
Krombach, Ulrich  
Nell, Karl-Heinz  
Neubauer, Hans Peter  
Rujanski, Detlef  
Schmidt, André  
Sondermann, Brigitte - für AM Tigges, Johannes -  
Wolf, Marianne - für Stv Eberlein, Klaus-Peter von 16.10 Uhr bis 16.55 Uhr,  
TOP 5 ö. T. -  
Wolters, Maria - für AM Kamieth, Jens -

##### II. Beratende Mitglieder:

Gürke, Volker - für AM Klein, Horst bis 16.50 Uhr, TOP 5 ö. T. -  
Kill, Erika  
Mücke, Helga  
Nauck, Gerda

##### III. Als Zuhörer:

##### IV. Von der Verwaltung:

##### Nicht anwesend waren:

#### **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Neubauer bestimmt.

**15. AfSFS 15.05.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**15. AfSFS 15.05.2002**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**15. AfSFS 15.05.2002**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**15. AfSFS 15.05.2002**

**5. Städtische Hilfen zur Arbeit**

Vorlagenr. 1923/2002

Herr Eberlein erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Dr. Rohr erläutert die Vorlage und deren Entstehungsgeschichte.

Im Sinne einer möglichst breiten Angebotspalette bedauert Herr Schmidt, dass die TÜV-Akademie Rheinland GmbH bei der Vergabe der Arbeitsplätze nicht berücksichtigt wurde, doch hat sich diese die Schuld hieran selbst zuzuschreiben. Dem Beschlussvorschlag der Vorlage kann sich die CDU-Fraktion anschließen. Er fordert die Verwaltung auf, mindestens einmal jährlich über den Sachstand des Projektes zu berichten, um ein Gegensteuern zu ermöglichen, sobald dieses finanzpolitisch aus dem Rahmen zu laufen droht.

Herr Rujanski ist der Auffassung, dass die Vorlage nunmehr entscheidungsreif ist. Er setzt sich dafür ein, mit einem positiven Beschluss das Projekt anzustoßen. Er ist optimistisch, dass die kompetenten Träger im Rahmen der Abwicklung eine Feinabstimmung eigenständig durchführen können.

Herr Krombach hält nach wie vor den Abschluss von Qualifizierungsverträgen mit den in Frage kommenden Personen für sinnvoll, kann aber dennoch grundsätzlich dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder antwortet Herr Fischer wie folgt:

- Durch die Zahlungen der Stadt Siegen (einschließlich der ersparten Sozialhilfenaufwendungen) werden die Träger die gesamten Arbeitsplatzkosten inklusive der Sozialversicherungsbeiträge und der Overheadkosten abdecken. Im Vergleich zur „reinen“ Sozialhilfe erhalten die Teilnehmer des Programmes durch Arbeitsentgelt erhöhte Bezüge (Frage von Herrn Schmidt).
- Die Teilnahme am Programm ist nicht freiwillig. Unter Berücksichtigung der individuellen Gegebenheiten wird im Einzelfall geprüft, wer für die Teilnahme in Frage kommt. Sanktionen gem. § 25 BSHG drohen demjenigen, der ein entsprechendes Angebot ablehnt (Frage von Herrn Schmidt).
- Eine Förderung mit EU-Geldern ist bei dem erarbeiteten Konzept nicht möglich (Frage von Herrn Krombach).
- Eine ausreichende Betreuung der Kinder von Teilnehmern ist bzw. wird gewährleistet (Frage von Herrn Rujanski).
- Er wird der Anregung von Herrn Rujanski nachgehen, bezüglich der Evaluation der Fallverläufe im Rahmen des Controllings ggf. die Hilfe von Herrn Prof. Dr. Trube von der Universität Siegen in Anspruch zu nehmen.
- Die Sozialdezernentin des Kreises Siegen-Wittgenstein, Frau Klinkert, hat ein äußerst positives Signal zum Konzept abgegeben (Frage von Frau Flohren).
- Auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen im Rahmen der Erstellung der Persönlichkeitsbilder der Programmteilnehmer und bei der Weitergabe der resultierenden Informationen an andere Stellen wird besonderer Wert gelegt (Frage von Herrn Nell).
- Sollte vor Maßnahmebeendigung ein Eintritt eines Teilnehmers in den ersten Arbeitsmarkt möglich sein, so ist eine Weiterzahlung der eingepplanten Gelder an den „neuen“ Arbeitgeber denkbar. Zu beachten ist jedoch, dass das städtische Projekt nicht in Konkurrenz zu dem entsprechenden Programm des Kreises treten darf (Frage von Herrn Nell).

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
  - 6 Plätze Siegerner Recycling Werkstätten gGmbH
  - 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**